

Rede Axel Knoerig MdB

121. Sitzung des Deutschen Bundestages, Donnerstag, 24.10.19

TOP 10: 2., 3. Lesung des Paketbotenschutzgesetzes

Sehr geehrter Herr Präsident / Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren!

Kaum eine Branche ist in den letzten Jahren so stark gewachsen wie die Paketbranche: Durch den zunehmenden Online-Handel haben sich die Lieferungen seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt!

Dem „Bundesverband Paket- und Expresslogistik“ zufolge wurden in 2018 rund 3,5 Milliarden Pakete versandt. Die Tendenz ist weiter steigend!

Laut Bundesarbeitsagentur arbeiten 427.000 Beschäftigte in der Kurier-, Express- und Paketbranche. Jährlich kommen rund 10.000 neue Mitarbeiter dazu.

Die Branche ist zweigeteilt: Einerseits gibt es Paketdienste mit festen Mitarbeitern, die nach Tarif zahlen, wie DHL und UPS.

Andererseits gibt es Paketdienste, die fast nur mit Subunternehmern arbeiten.

Wie Zollkontrollen gezeigt haben, entstand 2018 ein Schaden von 72 Millionen Euro, weil Sozialversicherungsbeiträge nicht ordnungsgemäß abgeführt wurden.

Durch den Fachkräftemangel arbeiten immer mehr Menschen aus Mittel- und Osteuropa als Kurierfahrer. Viele sind nicht ausreichend qualifiziert, um als selbstständige Subunternehmer tätig zu sein. Sie arbeiten bis zu 16 Stunden am Tag und das für vier bis sechs Euro die Stunde.

Dieser Ausbeutung wollen wir einen Riegel vorschieben und zugleich dafür sorgen, dass der schlechte Ruf der Branche sich nicht länger auf die ordentlichen Unternehmen auswirkt!

Meine Damen und Herren, das ist ordnungspolitisch ein Problem, da die Zustellbranche nicht über Tarifverträge oder ein Gesetz, ähnlich wie die Handwerksordnung, reguliert wird.

Bei dem Geschäftsmodell des Outsourcings gibt es also keine Möglichkeit der Kontrolle. Wir als CDU und insbesondere als CDA stehen aber für gute Arbeit und gute Löhne.

Als Wirtschaftspolitiker halte ich daher fest, dass wir mit diesem neuen Instrument die Missstände auflösen müssen. Es ist aber keineswegs unsere Absicht, als Staat den gesamten Markt zu regulieren. Daher ist die Nachunternehmerhaftung, die bis 2025 befristet wird, ein guter Kompromiss:

Hierbei haftet der Auftraggeber dafür, dass die Sozialversicherungsbeiträge – auch bei den Subunternehmen – abgeführt werden.

Allerdings kann er sich davon befreien lassen, indem er eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Subunternehmers vorlegt. Diese stellen unter anderem die Berufsgenossenschaften und Krankenkassen aus.

Meine Damen und Herren: Die Anhörung am Montag im Arbeitsausschuss hat bestätigt, dass die Nachunternehmer-haftung bereits in der Bau- und Fleischbranche gut funktioniert. Sie hat eine Disziplinierung bei den Beitragszahlungen bewirkt.

Laut Bundesarbeitsministerium werden rund 8.000 Unternehmen von dem Paketboten-Schutz-Gesetz betroffen sein. Künftig sind damit auch ihre Mitarbeiter bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit abgesichert!

Auch in meinem Wahlkreis – in Sudweyhe – wird gerade ein neues Hochleistungs-Verteilzentrum von Hermes geplant:

50.000 Pakete täglich werden ab Herbst 2020 nach Bremen und ins Umland geliefert. Als zuständiger Abgeordneter freue ich mich über den wirtschaftlichen Zugewinn und die Schaffung von 100 Arbeitsplätzen. Aber die Arbeitsbedingungen müssen auch für die Subunternehmer stimmen!

Der Versandriese Amazon betreibt in Deutschland inzwischen einen eigenen Lieferdienst – mit 13.000 Fahrern, die alle als Subunternehmer beschäftigt werden.

Meine Damen und Herren: Hier wird – in großem Stil – ein Wandel unserer Arbeitskultur vorangetrieben! Sozialpartnerschaft und Tariftreue, die Garanten für gute Arbeit, werden dabei außen vor gelassen!

Solche Veränderungen dürfen wir uns nicht von amerikanischen oder chinesischen Großkonzernen aufzwingen lassen! Das betrifft auch den Erwerb von Anteilen deutscher Firmen.

Auch ausländische Firmen müssen in Deutschland erkennen, wo der inhaltliche Mehrwert unseres Tarifvertragsparteien-Systems liegt!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!